

Brosmete

Heimat hier und dort



Als der heute Vierjährige zwei Jahre alt war, reisten wir einmal übers Wochenende nach Basel. Wir fuhren dort mit dem Tram. «Appenzeller Bahn», sagte er. Wir schmunzelten über diese Kategorisierung. Für ihn war jedes Fortbewegungsmittel auf Schienen die Appenzeller Bahn. Die kannte er, sie bedeutete für ihn Heimat.

Diesen Sommer verreisten wir etwas länger und etwas weiter. Heimat war überall dort, wo wir unsere Koffer auspackten, das Pischli unters Kopfkissen legten, einen Supermarkt suchten, um den Kühlschrank zu füllen (unbedingt immer mit: Milch für die Zweijährige, Karotten für den Vierjährigen, scharfe Sauce für uns Erwachsene).

Sechs Wochen verbrachten wir auf verschiedenen Inseln mitten im Atlantik, rund um uns nur Meer und in der Ferne die Küste einer Nachbarinsel. Diese Weite. Diese Freiheit. Die Natur, die Kultur, die Menschen – alles war so anders: neu, aufregend, beeindruckend, und doch fühlten wir uns vom ersten Tag an wohl. Die Heimat daheim, ich hätte sie für eine Weile ganz daheim lassen können. Doch die Kinder nahmen sie mit. Fast täglich zogen sie ihr aus Karton gebasteltes Groscht an, stülpten sich Wäschekörbe als Hauben über den Kopf und fingen an zu zaubern. «E guets Neus», riefen sie am Schluss ihrer Darbietungen, und das mitten im Sommer.

Nach sechs Wochen wieder heimzukehren, fiel mir nicht leicht. Das Appenzellerland mit seinen sonst so geliebten Hügeln kam mir in den ersten Tagen ganz schön eng vor. Aber dann packten wir die Koffer aus, legten ein frisches Pischli unters Kopfkissen, füllten den Kühlschrank mit Milch und Karotten und scharfer Sauce. Und die Kinder spielen jetzt am liebsten Weltentdecker.

Christine König

ANZEIGE

Der neue Opel
INSIGNIA
www.opel.ch
GARAGE MEIER HERISAU
Industriest. 13 | 9100 Herisau | opel-meier.ch

Gegenvorschlag lässt auf sich warten

Verschleppt die Regierung eine Volksinitiative? Diesen Vorwurf äussert die IG Starkes Ausserrhoden.

Jesko Calderara

Der Auftrag wäre eigentlich klar. Die Regierung muss einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» ausarbeiten. Das Begehren, welches 1088 Bürger unterschrieben haben und das im März 2018 eingereicht wurde, verlangt die Streichung der Gemeindenamen aus der Kantonsverfassung. Damit soll die Grundlage für mögliche Fusionen geschaffen werden. Bei der Beratung des Geschäfts am 25. Februar im Kantonsrat wurde der Antrag des Regierungsrates, die Initiative abzulehnen, verworfen.

Stattdessen ist die Vorlage an den Regierungsrat zurückgewiesen worden mit dem Auftrag, auf die zweite Lesung hin einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Bis heute liegt ein solcher allerdings nicht vor – sehr zum Ärger der Initianten. Diese machen in einer gestern versandten Medienmitteilung ihrem Ärger darüber Luft. «Wir werden den Eindruck nicht los, dass der Regierungsrat absichtlich die Erarbeitung des Gegenvorschlages soweit verzögern will, bis dieser aufgrund der Abstimmung zur revidierten Kantonsverfassung hinfällig wird»,

sagt Roger Sträuli, Präsident der IG Starkes Ausserrhoden.

Gefahr eines Totalabsturzes der Verfassungsrevision

Inzwischen hat die Verfassungskommission an ihrer Plenumsitzung im April den Anträgen der zuständigen Arbeitsgruppe einstimmig zugestimmt, wonach die Gemeindenamen im Artikel 2 der Kantonsverfassung gestrichen werden sollen. Ebenfalls soll eine neue Rechtsgrundlage in der Verfassung betreffend administrative und finanzielle Unterstützung von Gemeindefusionen geschaffen werden. «Dieser Entscheid bestärkt die über 1000 Unterzeichnenden der Volksinitiative in ihrem Anliegen», sagt Sträuli. Nachdem die Verfassungskommission dieses auf der ganzen Linie unterstützte, stelle sich allerdings die Frage, wieso der Regierungsrat mit dem Gegenvorschlag noch zuwarte. «Angesichts dieser eindeutigen Ausgangslage ist davon auszugehen, dass der Regierungsrat den Entscheid der Verfassungskommission ebenfalls befürworten wird und ein Gegenvorschlag praktisch hinfällig wird.» Wenn nicht, bleibe für ihn unklar, was dieser denn beinhalten werde, sagt Sträuli.

«Wir werden den Eindruck nicht los, dass der Regierungsrat absichtlich den Gegenvorschlag verzögern will.»



Roger Sträuli
Präsident IG Starkes AR

Die starre Fixierung auf die Totalrevision der Verfassung hält Sträuli für problematisch. Sowohl der Zeitpunkt sowie die Zustimmung zur Vorlage seien aufgrund von unterschiedlichsten Interessen äusserst ungewiss. Bei einer Ablehnung der revidierten Verfassung würde auch das unbestrittene Anliegen der Volksinitiative wieder lange vom Tisch sein, sagt Sträuli. Dies würde abgesehen davon

auch nicht den Vorstellungen des Regierungsrates entsprechen, der sich im Rahmen des letzten Regierungsprogrammes für die Optimierung der Strukturen ausgesprochen hat. Entsprechend täte er gut daran, die Volksinitiative beziehungsweise den Gegenvorschlag zur Abstimmung zu bringen, betont Sträuli. «Nur so erhält man Gewissheit in einem für die Weiterentwicklung von Ausserrhoden zentralen Punkt.»

Seit Einreichung der Initiative sind eineinhalb Jahre vergangen. Über die Frage, in welchem Zeitraum diese behandelt werden muss, macht die Verfassung relativ vage Vorgaben. Demnach sind Volksinitiativen «möglichst rasch zu behandeln». Ein Abstimmungstermin für das Begehren der IG Starkes AR gibt es noch nicht. Auch ist unklar, wann der Kantonsrat sich in zweiter Lesung damit beschäftigen wird. Ursprünglich war die Volksabstimmung für den Herbst vorgesehen.

Zuerst muss der Entwurf der Verfassung vorliegen

Der Kanton wehrt sich gegen die Vorwürfe der IG Starkes AR. Von einer Verzögerung könne nicht die Rede sein, sagt Ratschreiber Roger Nobs. Die Initiative wur-

de zwei Wochen nach dem Ja an der Urne zum Grundsatzentscheid zur Totalrevision der Verfassung eingereicht, also während des laufenden Verfahrens. Darauf könnten die Initianten keinen Einfluss nehmen, sagt Nobs. Der Regierungsrat wollte die Initiative ursprünglich unabhängig von der Totalrevision der Kantonsverfassung zur Abstimmung bringen. Der Kantonsrat habe dann aber diesen beauftragt, einen Gegenvorschlag zur Initiative zu erarbeiten, gibt Nobs zu bedenken. Dieser Gegenvorschlag sei nun mit den Arbeiten an der Totalrevision der Kantonsverfassung zeitlich und inhaltlich zu koordinieren. Das hat der Regierungsrat gemäss dem Ratschreiber bereits deklariert, bevor das Parlament den Auftrag erteilte.

Die Verfassungskommission habe noch keine Entscheide gefällt, sondern nur den Thesenvorschlägen der Arbeitsgruppe zugestimmt, sagt Nobs. Definitive Entscheide würden erst im kommenden Jahr fallen. Sobald die Verfassungskommission dem Regierungsrat ihren Entwurf unterbreiten werde, sei auch die Frage des Gegenvorschlages zur Initiative der IG Starkes AR erneut zu prüfen, sagt Nobs.

Kandidaten, die unterschiedlicher nicht sein könnten

Im TVO-Talk trafen die Ausserrhoder Ständeratskandidaten Andrea Caroni und Reto Sonderegger aufeinander.

Vor vier Jahren konnte Andrea Caroni (FDP) noch ohne Gegenkandidat den Sitz im Ständerat für sich beanspruchen. Bei den kommenden Parlamentswahlen vom 20. Oktober ist das anders. Reto Sonderegger (SVP) tritt gegen ihn an. Gegen den Willen seiner Partei. Die Ausserrhoder SVP unterstützt Caroni. Am TVO-Talk stellten sich gestern Abend beide Kandidaten den Fragen von Stefan Schmid, Chefredaktor des «St.Galler Tagblatts».

Und dort machte Sonderegger deutlich, warum er sich zur Kandidatur entschlossen hat. Dass Caroni «kampflos ins Stöckli einmarschieren» kann, wollte er nicht zulassen. Sein Entscheid, sich zur Wahl zu stellen, kam für viele überraschend. Auch für Caroni. Jener führte aus, dass er an der Delegiertenversammlung der SVP AR zugegen war und «hart, aber fair in die Mangel genommen wurde», bevor die Partei ihn für den Ständerat nominierte. Über Sondereggers Ambition wusste damals noch niemand Bescheid. Caroni kann der Gegenkandidatur aber auch Gutes abgewinnen: Er erhalte jetzt öfters Gelegenheit, Red und Antwort zu stehen. Vor vier Jahren wurde er zu vielen Wahlveranstaltungen nicht mal eingeladen.

Schmid's Fragen machten deutlich, dass die Kandidaten in ihren Ansichten unterschiedlicher kaum sein könnten. Während Caroni das EU-Rahmenab-

kommen aufgrund der Rechtsicherheit, das dieses mit sich bringen würde, im Kern gut hiess, lehnte es Sonderegger ab. Bei der Frage nach höheren Benzin- und Flugverkehrssteuern, um die CO₂-Emissionen zu senken, erachtete Caroni es als sinnvoll, dass die Kosten nach

dem Verursacherprinzip getragen würden, machte aber auch deutlich, dass der Benzinpreis nicht beliebig erhöht werden dürfe. Sonderegger bezeichnete eine Erhöhung des Benzinpreises hingegen klimapolitisch als «wirkunglos». Er sei umweltfreundlich gesinnt, wolle das

Augenmerk aber eher auf die mangelnde Biodiversität oder die Trinkwasserverschmutzung lenken. Die Trinkwasser-Initiative befürworte er deshalb auch. Caroni empfand sie als zu «starr». Und den zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub, den der Nationalrat guthiess, umschrieb

Caroni mit «toll», sähe es aber lieber, wenn eine Elternzeit eingeführt würde. Sonderegger sah dies anders und umschrieb den Urlaub als «unnötig». Die zwei Wochen sollten besser der Mutter angerechnet werden.

Astrid Zysset



Im TVO-Talk: Ständerat Andrea Caroni (FDP), Moderator Stefan Schmid und Reto Sonderegger (SVP).

Bild: Astrid Zysset